

## **Grundsatzrede des ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke**

Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir leben in einer Zeit von rasanten Veränderungen. Und das ist chancenreich und bedrohlich zugleich. Fest steht, dass der technische Fortschritt, der Klimawandel und die zunehmende soziale Ungleichheit von uns zukunftsgerechte Antworten erfordern.

Und wir wollen auf diesem Bundeskongress miteinander Wege finden und gemeinsam Antworten definieren. Wir wollen als ver.di Gute Arbeit für alle Beschäftigten. Es gilt, eine ökologische Katastrophe abzuwenden. Und dafür braucht es einen massiven Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

Unser Anspruch an diesen Umbau, an diese Transformation ist, dass diese sozial gerecht geschieht, ohne dass neue Ungerechtigkeit entsteht. ver.di, das ist die verlässliche gesellschaftliche Kraft für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Wir wollen den vorhandenen Reichtum umverteilen. Dafür braucht es einen Sozialstaat, der solidarisch ist. Dafür braucht es starke Gewerkschaften und dafür braucht es eine starke ver.di, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir wollen Spaltung überwinden auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Und deshalb streiten wir für eine demokratische, für eine vielfältige Gesellschaft, solidarisch und menschlich. Und wann immer das notwendig ist, dann kämpfen wir auch für diese Ziele, verteidigen diese Demokratie. Und deshalb stehen wir immer auf gegen Hass, gegen Ausgrenzung, gegen Fremdenfeindlichkeit. ver.di, das ist die Kraft für Menschlichkeit, Solidarität und Freiheit. (Beifall)

Und wir sind fest verankert in der Arbeitswelt. Das macht uns stark. Wir nehmen das politische Mandat der Gewerkschaften ernst und wir leben es. ver.di, das ist die politische Gewerkschaft in Deutschland. Und ich will, dass das so bleibt, und das machen wir gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Wir wollen als starke Kraft der organisierten Arbeit Gesellschaft zum Besseren verändern. Für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und Schutz von Mensch und Natur. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das starke, gemeinsame Signal, das von diesem Bundeskongress ausgeht. Und das machen wir gemeinsam, denn wir sind zukunftsgerecht.

Wie es um den Zusammenhalt der Gesellschaft bestellt ist, hängt ganz entscheidend von einer gerechten Verteilung der Einkommen ab. Und dabei ist es zuerst unsere eigene Verhandlungsmacht, die für eine gerechte Verteilung ausschlaggebend ist. Das, was wir in Tarifverhandlungen nicht durchsetzen, schafft der Sozialstaat später nicht durch Transfers in gleicher Höhe auszugleichen. Es kommt also zuerst auf uns an, auf unsere Stärke und unsere Durchsetzungsfähigkeit.

Wir haben das in der Debatte zum Geschäftsbericht bereits feststellen können und miteinander auch diskutiert. Wir können im Ergebnis absolut selbstbewusst auf die tarifpolitische Bilanz der vergangenen vier Jahre schauen.

In diesem Jahrzehnt nach dem Ende der Finanzkrise in 2008 ist es uns gelungen, in den allermeisten Tarifgebieten, für die wir Verantwortung tragen, Reallohnsteigerungen durchzusetzen. Wir haben wieder mehr erreicht – gemeinsam erkämpft. Doch längst nicht alle Beschäftigten in diesem Land profitieren von diesen Entwicklungen. In Deutschland sind die Einkommen sehr ungleich und auch vielfach ungerecht verteilt. Und das hat Gründe: Es gibt zu viele zu niedrige Löhne in den Teilen der Arbeitswelt, in denen Tarifverträge ein Fremdwort sind. Die Zonen ohne Tarifschutz werden größer, weil Arbeitgeber, ihre Verbände und ihre politischen Handlanger das so wollen. Und zusätzlich ist es so, dass ein hohes Maß an prekärer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt spaltet.

Wenn ich das so sage, identifiziere ich auch aus meiner Sicht die Handlungsfelder, die wir in Angriff genommen haben und die wir auch in den nächsten Jahren konsequent angehen werden. Und dabei müssen wir uns fragen – und damit will ich beginnen: Was machen wir selbst – mit oder notfalls auch ohne die Arbeitgeber? Und was erwarten wir von der Politik?

Nur noch jeder zweite Arbeitsplatz in unserem Land ist durch Tarifverträge geschützt. Tendenz fallend. Insbesondere in der Privatwirtschaft. Wir sind hier im Osten Deutschlands, und im Osten Deutschlands sind in der Privatwirtschaft nur noch ungefähr 20 Prozent aller Arbeitsplätze durch Tarifverträge geschützt.

Zu was führt mich das? Wir als ver.di können Tarifpolitik. Es gibt aktuell von ver.di ausgehandelt über 22.600 gültige Tarifverträge. Und durch gezielte Weichenstellungen in den vergangenen vier Jahren, durch die Umsteuerung und Weiterentwicklung unserer kollektiven Arbeit in den Betrieben und in der Tarifpolitik haben wir in den vergangenen vier Jahren an Tarfmächtigkeit zugelegt.

Wir sind auf einem guten Weg. Beispielhaft wurden schon dargestellt in der Diskussion die Erfolge bei Ryanair oder auch im Altenpflegekonzern Celenus. Das sind zwei exemplarische Beispiele dafür. Weil es uns gelungen ist, uns bei zwei aggressiv antigewerkschaftlichen Konzernen durchzusetzen. Und das ist ermutigend.

Ich persönlich habe seit Anfang der 80er Jahre an einer ganzen Reihe von Arbeitskämpfen teilgenommen, traue mir also Vergleiche zu. Wir haben heute in ver.di eine Streikkultur entwickelt, die erfrischend ist. Die ist politisch, sie ist vielfach weiblich, sie ist öffentlich, sie ist bunt und laut. Und wir haben Erfolg damit! (Beifall)

Vieles von diesem Erfrischenden haben wir unserer ver.di Jugend zu verdanken. Die Tarifkampagnen unserer ver.di Jugend sind erfolgreich, sie machen Spaß, sie strahlen aus und ich persönlich will sagen: Ich freue mich schon auf starke Tarifrunden mit einer lauten ver.di Jugend im kommenden Tarifjahr, das wird ganz prima, eine tolle Sache und gemeinsam machen wir das. (Beifall)

Uns ist aber denke ich allen klar, dass wir noch Luft nach oben haben. Wir stehen deshalb auch in den nächsten Jahren vor erheblichen innerorganisatorischen Veränderungen. Zuerst die weitere Umsetzung unseres Organisationsentwicklungsprozesses Perspektive. Der Rollout in noch sieben Landesbezirken steht an. Und wir stehen vor einer fast kompletten Neuaufstellung unserer Fachbereiche.

Es würde jetzt hier den Rahmen sprengen, diese Entwicklungen im Einzelnen darzustellen und zu beleuchten. Eines ist mir aber wichtig: Für mich ist Veränderung nie Selbstzweck. Alle bevorstehenden organisatorischen Schritte und Veränderungen müssen sich an einem klaren Ziel messen lassen. Und aus meiner Sicht ist das wesentlichste Ziel, an dem sie sich messen lassen müssen, dass wir in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen wieder stärker werden, Tarfmächtigkeit zurückgewinnen, Mitglieder gewinnen. Das muss unser Maßstab für alle Veränderungen in ver.di sein.

Und damit das auch so kommt, habt ihr ja gestern einen neuen Bundesvorstand und einen neuen Gewerkschaftsrat gewählt. Und ihr könnt sicher sein: Das ist unser Ziel, das ist unser Maßstab. Wir wollen gemeinsam, zusammen mit euch ver.di wieder stärker machen und Tarfmächtigkeit zurückgewinnen, Tarifverträge stärker machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Unverändert fortwirkend sind durch die Politik der Agenda 2010 die Kräfteverhältnisse in der Arbeitswelt aus dem Lot geraten. Und zwar zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften, in denen sie sich organisieren.

Hinzu kommt: Größer werdende Teile des Unternehmertums haben sich ideologisch und praktisch von der Tarifautonomie verabschiedet. In Wahrheit verachten sie die Koalitionsfreiheit. Und weil das so ist, brauchen wir ergänzend zu unserem eigenen Kurs, der Stärkung unserer Tarfmächtigkeit, zusätzliche politische Weichenstellungen. Und ich will diese zusätzlichen politischen Weichenstellungen und unsere Forderungen dazu in dieser Rede noch einmal konkret machen.

Erstens: Wir fordern eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen darf nicht länger an dem faktisch gegebenen Vetorecht der Arbeitgeberverbände scheitern. Das ist unser Ziel. (Beifall) Und wir kämpfen aktuell insbesondere für die Allgemeinverbindlichkeit im Einzelhandel. Und das machen wir als gesamte ver.di.

Die gesamte ver.di mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Handel kämpft dafür, dass die Tarifverträge im Einzelhandel allgemeinverbindlich werden. Weil wir es nicht länger akzeptieren, dass der Preiskampf zwischen Einzelhandelskonzernen auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird. Das wollen wir ändern. (Beifall)

Zweitens: Eine ganze Reihe von Branchen leiden an akuter Zergliederitis. Da werden Unternehmen gegen jede Rationalität in viele Unterbetriebe zerlegt. Wenn ich das aus meinem eigenen Erfahrungshintergrund sagen darf: Ein Zeitungsbetrieb mit vielleicht 150 Beschäftigten, wo nur eine Sache geschieht, nämlich eine Tageszeitung zu produzieren, Tag für Tag, besteht dann gerne mal aus sieben oder acht Betrieben.

Und im Handel kennen wir das genauso. Und das Ganze hat nur ein Ziel. Bei jedem Betriebsübergang versuchen die Arbeitgeber, Tarfschutz wie einen nassen Mantel abzuwerfen, indem sie zum Beispiel versuchen, Beschäftigte zu tarifersetzenden Einzelarbeitsverträgen zu bringen, ihnen die abzupressen.

Und deshalb ist unsere Forderung auch hier klar: Bei Ausgründungen und Betriebsübergängen darf ein bestehender Tarifvertrag nur noch durch einen neuen Tarifvertrag ersetzt werden, nicht durch individuelle Verträge. Tarifvertrag first. Das ist unsere Botschaft! (Beifall)

Bund, Länder und Kommunen sowie öffentliche Unternehmen vergeben jedes Jahr Aufträge im Volumen von über 400 Milliarden Euro. Das sind 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Also wirklich eine Menge. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass diese Aufträge ausschließlich und nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Ohne Ausnahmen. Und damit kann durch die Marktmacht des öffentlichen Dienstes, der öffentlichen Hand mehr Tarifschutz durchgesetzt werden. Dafür treten wir an. (Beifall)

Und einen letzten Punkt will ich nennen, der mir persönlich auch sehr am Herzen liegt. Ich erinnere mich noch gut an Tarifverhandlungen Mitte der 90er Jahre mit verschiedenen Arbeitgeberverbänden. Und wenn es dann so dem Ende zuing, also mehr oder weniger der Punkt "Verschiedenes" aufgerufen wird, dann haben uns in diesen Gesprächen die jeweiligen Branchenarbeitgeberverbände erklärt, sie hätten da nochmal eine Information. Sie hätten ihre Satzung geändert. Ab jetzt gebe es bei ihnen auch Mitgliedschaften im Arbeitgeberverband ohne Tarifbindung, also die sogenannten OT-Mitgliedschaften. Aber wir sollten uns mal gar keine Sorgen machen. Sie würden selbstverständlich weiterhin treu und fest zum Flächentarifvertrag stehen. Das mit den OT-Mitgliedschaften hätten sie nur gemacht, damit sie neue Mitgliedsbetriebe werben können, die man dann schrittweise an den Tarifvertrag heranführen wolle.

Heute wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, das war erstunken und erlogen. Denn in der Praxis nehmen die Mitgliedsbetriebe ohne Tarifbindung längst entscheidenden Einfluss auf das tarifpolitische Handeln der Arbeitgeberverbände. Und deshalb gehören OT-Mitgliedschaften abgeschafft, liebe Kolleginnen und Kollegen. (lebhafter Beifall)

Und als praktischen ersten Schritt: Arbeitgeberverbände, deren Mehrzahl von Mitgliedern gar nicht mehr tarifgebunden sind, sind kein Arbeitgeberverband. Sie sind eine Rechtsanwaltskanzlei, um Tarifflicht zu organisieren. Und deshalb gehört diesen Verbänden der Arbeitgeberverband-Status abgesprochen und dann sollen sie auch gefälligst volle Steuern bezahlen, was sie jetzt nicht machen müssen. (starker Beifall)

Aus meiner Sicht befinden wir uns hier an einem absolut kritischen Punkt. Aus tiefer Überzeugung und als leidenschaftlicher Tarifverhandler bin ich jemand, der lieber zuerst auf die eigene Kraft baut, statt auf politische Entscheidungen von Regierungen zu setzen oder gar zu hoffen. Ich will... (Beifall) Das ist eine Botschaft: Ich will, liebe Kolleginnen und Kollegen, Fortschritt in der Arbeitswelt und die Einkommensentwicklung durch Tarifverträge organisieren. Am besten, indem wir Flächentarifverträge durchsetzen.

Jedoch, zumindest in wesentlichen Teilen der Privatwirtschaft, droht die Tarifautonomie zu scheitern, wenn die Tarifflicht weiter zunimmt. Und der Grad an Tarifbindung weiter schrumpft. Und deshalb will ich einen Aufbruch. Für mehr Tarifverträge, die dann auch eingehalten werden. Tarifschutz für möglichst alle Beschäftigten in Deutschland. Dafür

treten als ver.di an. Mit euch zusammen machen wir das zu einem Schwerpunkt für die kommenden vier Jahre, gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich im Zusammenhang mit der Tarifpolitik noch einen weiteren Gedanken formulieren. Wir haben in den vergangenen Jahren die Privatisierung und Liberalisierung vieler Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge erleben müssen. Im Ergebnis sind heute viele Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge unterfinanziert und auch nicht mehr tarifgebunden.

Ich will das am Beispiel der Altenpflege konkret machen. Die Altenpflege war bis Mitte 1990er Jahre in Hand der Kommunen und der Wohlfahrtsverbände. Und die Tarifabschlüsse des BAT – des Bundesangestelltentarifvertrags – waren Maßgabe für die Refinanzierung.

1995 wurde die Pflegeversicherung eingeführt. Eine gute Sache. Die damalige Bundesregierung war aber auf dem Trip der Privatisierung, der Entstaatlichung. Und hat die Altenpflege für privates Kapital geöffnet. Und mittlerweile sind insbesondere Hegdefonds groß in den Markt der Altenpflege eingestiegen. Die privaten Pflegeunternehmen verschaffen sich systematisch über Lohndumping und schlechtere Arbeitsbedingungen Wettbewerbsvorteile. Und haben so einen tarifpolitischen Flächenbrand ausgelöst.

Das Ergebnis ist bekannt. Die Löhne in der Altenpflege sind viel zu niedrig. Und es fehlt in der Folge an Beschäftigten, an Interessierten, die in den Beruf gehen wollen. Heute müssen wir – auch das war schon Gegenstand dieses Kongresses – mit Hilfe der Politik für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege streiten, damit die Altenpflegerinnen und Altenpfleger halbwegs fair bezahlt werden. Und das gegen den vehementen Widerstand der privaten Pflegeheimbetreiber und ihre Lobbyisten, damit die ihre Profite weiterhin sichern.

Ich frage euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört es nicht zu den besonders verantwortungsvollen Aufgaben, die würdevolle Begleitung der Älteren im letzten Lebenschnitt sicherzustellen? Ich meine ja. Und ich frage euch: Gehört es nicht weiter zu den besonders wichtigen Aufgaben, die Betreuung und die Pflege unserer kranken Mitmenschen sicherzustellen? Auch hier – aus meiner Sicht ein klares Ja.

Und wenn ich das jetzt formuliere, dann weiß ich, dass die Umsetzung unseres Zieles mehr als nur die kommenden vier Jahre in Anspruch nehmen wird. Aber das ändert nichts an unserem Ziel: Wir wollen die Altenpflege und die Krankenversorgung wieder der Verwertungslogik des Kapitals entziehen. (Beifall) Gemeinwohl statt Profite auf Kosten der pflegenden Menschen und zu Lasten der Beschäftigten. Und übrigens auch für Bildung und Erziehung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nicht nur für die Pflege und die Krankenversorgung. Um das mit dem, finde ich wirklich gelungenen, Slogan unseres Fachbereiches Gesundheitswesen und soziale Dienste zuzuspitzen: Wir als ver.di sind radikal sozial. Und das mit Stolz. (Beifall)

Die mit der Politik der Agenda 2010 forcierte Entsicherung und Entwertung von Erwerbsarbeit wirkt aus meiner Sicht bis heute fort. Minijobs und Midijobs sowie der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen hat Arbeit millionenfach entsichert und macht sie schlecht bezahlt. Diese extreme Zunahme von atypischer und prekärer Beschäftigung hat dazu geführt, dass jede und jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland zu einem Niedriglohn arbeiten muss. Das betrifft neun Millionen Menschen in unserem Land. Und es ist eine Schande für Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der eigentliche Paradigmenwechsel mit Hartz IV war die Unterstellung, dass Arbeitslosigkeit grundsätzlich individuell verschuldet ist. Entsprechend wurden Zumutbarkeit, Regelsätze und Sanktionen ausgestaltet. Ich sage euch: Arbeitslosigkeit ist zuallererst eine Krisenerscheinung unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems und nicht in erster Linie individuelle Schuld, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und deshalb muss Arbeitslosigkeit wirtschafts- und beschäftigungspolitisch bekämpft werden und eben nicht durch Sanktionen und Bestrafungen der betroffenen Menschen. Wir wollen Hartz IV überwinden. Überwinden – herumreparieren reicht nicht! (Beifall) Und das heißt konkret: Wir wollen eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Erhöhung der Regelsätze, die Abschaffung der Sanktionen gegen Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV, die Abschaffung der geltenden Zumutbarkeitsregeln, die Qualifikationen letztlich entwerten, und wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssektor, in dem ausschließlich nach Tarif bezahlt wird. (Beifall)

Darüber hinaus wollen wir prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Etwa im Bereich der Befristung. Und das ist hochaktuell, und deshalb werden wir es auch heute Nachmittag, wenn Hubertus Heil zu uns spricht, mit ihm diskutieren. Denn dazu sollen im Herbst dieses Jahres noch Entscheidungen fallen.

Es gibt ganz aktuell Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem IAB, der Bundesagentur für Arbeit. Und demnach ist es unverändert so, dass bei Neueinstellungen vier von zehn Arbeitsverträgen nur befristet sind. So wird eine Zone der Unsicherheit in der Arbeitswelt geschaffen, von der besonders junge Menschen betroffen sind, und so wird eine ganze Generation benachteiligt. Und deshalb ist auch hier unsere Botschaft deutlich: sachgrundlose Befristung gehören abgeschafft, und zwar alle. Eine Quote oder Begrenzung reicht uns nicht. (Beifall)

Und statt Equal Pay zum Sankt-Nimmerleins-Tag fordern wir für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiternehmer zuerst gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen vom ersten Tag und dann zusätzlich einen Flexibilisierungszuschlag. Solche Erschwerniszuschläge für Beschäftigte in der Leiharbeit sind in einer ganzen Reihe von Ländern in Europa Normalität. Das wollen wir auch für unsere Kolleginnen und Kollegen. Das ist nur gerecht. (Beifall)

Einer der ganz großen politischen Erfolge von ver.di in der Vergangenheit war ohne Zweifel die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns. Wir wollen ausgehend als klare Botschaft hier aus Leipzig einen nächsten Schritt gehen. Und zwar, um den Druck des Niedriglohnsektors auf die Tariflöhne abzumildern und umzukehren. Und um das möglich zu machen brauchen, wir einen höheren gesetzlichen Mindestlohn. Und deshalb fordern

wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn erst einmal von zwölf Euro und dann weiter ansteigend. Und zwar ohne jede Ausnahme! Und nicht irgendwann, sondern noch in dieser Legislaturperiode, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich will aber genauso deutlich sagen, was wir nicht benötigen und für was wir als ver.di auch nicht zur Verfügung stehen: Die Bundesregierung denkt derzeit darüber nach, das ist auch im Koalitionsvertrag verankert, und es gibt Gespräche, über eine Öffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz sogenannte Experimentierräume zu schaffen. Experimentierräume mit dem angeblichen Ziel, mehr Öffnung für selbstbestimmte Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen und für mehr betriebliche Flexibilität in der zunehmend digitalen Welt zu sorgen oder diese zumindest zu erproben. Das klingt hübsch modern. Wenn in Wirklichkeit der Achtstundentag geschliffen und Ruhezeiten verschlechtert werden sollen.

Lasst mich das auf den Punkt bringen: Bei der Arbeitszeit besteht kein zusätzlicher Flexibilisierungsbedarf. Ein Aufweichen des Arbeitszeitgesetzes wäre für die Arbeitsbedingungen im Paket- und Briefzustelldienst oder in der Pflege schlicht und ergreifend eine Katastrophe. Wir haben schon jetzt Flexibilität, oftmals zu Lasten der Beschäftigten. Und es ist absolut ausreichend, was es an Flexibilitätsmöglichkeiten gibt, so wie das Arbeitszeitgesetz heute existiert. (Beifall) Bei der Arbeitszeit geht es um den Schutz der Gesundheit (Beifall) und mit dem Schutz der Gesundheit (Beifall) gibt es keine Experimente, dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Ein klares Nein von unserer Seite aus! (Beifall)

Und um auch das zu sagen, wir stehen auch nicht für Koppelgeschäfte zur Verfügung. Also ein bisschen mehr bei der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und dafür Experimentierräume im Arbeitszeitgesetz. Solche Koppelungsgeschäfte wird es mit ver.di nicht geben, nicht mit unserer Unterstützung. (Beifall)

In den letzten 20 Jahren haben Beschäftigungsformen mit kurzen Arbeitszeiten wie Teilzeit und Minijobs massiv zugenommen. Im Ergebnis entstehen häufig niedrige Löhne, bei denen unsere Kolleginnen und Kollegen dann aufstocken müssen.

Wir haben alleine 7,6 Millionen Minijobs in diesem Land. Fast 70 Prozent der davon Betroffenen sind Frauen, unsere Kolleginnen. Das ist übrigens eine der wesentlichen Erklärungen dafür, dass der Gender Pay Gap in Deutschland bei über 20 Prozent liegt und auf diesem Wert auch nahezu verharrt, was nichts anderes ist als eine anhaltende Lohnungerechtigkeit, eine dauerhafte Diskriminierung von Frauen mit gravierenden Auswirkungen auf die eigenständige Existenzsicherung von Frauen wie auch auf die soziale Absicherung im Alter.

ver.di steht wie keine andere Gewerkschaft in Deutschland für Frauen- und Gleichstellungspolitik, und zwar deshalb, weil wir wissen, dass Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit die Bedingungen für selbstbestimmtes Leben sind. Und deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Frauen und Männer die gleichen Berufs- und Einkommenschancen haben.

Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die eine Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit auf beide Geschlechter ermöglichen. Wir wollen Fehlanreize abschaffen, die Gute Arbeit verhindern, was übrigens heißt: weg mit dem Ehegattensplitting. Es gehört abgeschafft, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall) Und wir treten in den kommenden Monaten an für einen weiteren Schritt zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Das wird einer der ganz großen Schwerpunkte für die kommende Zeit sein, auch für mich ganz persönlich. Und über die Arbeitswelt hinaus: Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auch bei politischen Mandaten durchsetzen und deshalb fordern wir als ver.di ein Paritätsgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es ist schon mehrmals gesagt worden, aber es kann gar nicht oft genug gesagt werden: Wir sind mit über einer Million Kolleginnen in unserer Mitgliedschaft die stärkste politische Frauenorganisation in Deutschland. Und deshalb ist Gewerkschaftspolitik von ver.di immer auch Frauen- und Gleichstellungspolitik, und das macht uns zukunftsgerecht. (Beifall)

Die Rente, das ist das Spiegelbild des Erwerbslebens. Deshalb sind Tarifverträge, sind gute Einkommen und regelmäßige Lohnsteigerungen die beste Voraussetzung für gute Renten.

Wir haben als ver.di in der Rentenpolitik in den letzten beiden Jahren viel bewegt und auch viel erreicht, eine Diskursverschiebung in Gang setzen können. Das verdanken wir übrigens auch dem großen Engagement der in ver.di aktiven Seniorinnen und Senioren. Viele hier sind dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr macht eine tolle politische Arbeit, das ist verlässlich und unterstützend. Ein Herzliches Danke dafür. Und macht weiter so. (Beifall)

Bei allen Erfolgen der letzten Monate wissen wir aber auch gemeinsam, vor uns liegen noch gewaltige Aufgaben. Wer heute zweieinhalbtausend Euro brutto im Monat verdient, hat nach 40 Jahren, nach Abzügen der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, aktuell eine Rente von knapp 830 Euro. 830 Euro ist in etwa auch der bundesdurchschnittliche Betrag für die Grundsicherung, die Grundsicherung im Alter. Und das ist zu wenig, um wirklich im Alter in Würde leben zu können.

Und rund die Hälfte aller Beschäftigten verdient sogar noch weniger als zweieinhalbtausend Euro im Monat. Altersarmut ist damit im Alltag der Gesellschaft angekommen. Die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner, die zum Sozialamt müssen, hat sich seit der Einführung der Grundsicherung im Alter im Jahr 2003 mehr als verdoppelt. Das ist die Ausgangslage.

Ich habe schon darauf hingewiesen, heute Nachmittag wird Bundesarbeitsminister Hubertus Heil unser Gast sein. Und vor dem Hintergrund, den ich geschildert habe, werden wir ihm in aller Kollegialität zwei Botschaften mit auf den Weg geben:

Erstens, sein Vorschlag für eine Grundrente greift langjährige gewerkschaftliche Forderungen auf nach einer Mindestsicherung. Und daher hat er an dieser Stelle unsere volle Unterstützung. (Beifall)



Und zweitens, eine Versicherungsleistung, und die Rente ist eine Versicherungsleistung, verträgt sich nicht mit einer Bedürftigkeitsprüfung. Wir wollen nicht, dass unsere Kolleginnen und Kollegen zu Bittstellerinnen und Bittstellern werden, das ist entwürdigend. Deshalb ein Ja zur Grundrente, aber ein Nein zum Bittstellertum. (Lebhafter Beifall)

Wie ihr vermutlich wisst, arbeitet derzeit eine von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission an Empfehlungen für weitere Weichenstellungen. Wir als ver.di begleiten die Arbeit intensiv. Im Frühjahr sollen Vorschläge auf den Tisch – wie geeint die dann auch immer sind in der Rentenkommission –, aber ich gehe davon aus, dass schon zum Ende dieses Jahres hin die Diskussion öffentlich wird und sich konkretisiert.

Ich kann mit Blick auf das, was da in der Debatte ist, für ver.di deutlich sagen, was wir für die Zukunft wollen und was wir für die Zukunft nicht wollen: Es gilt als erstes aus meiner Sicht, das derzeitige Sicherungsniveau der Rente nicht einfach nur über das Jahr 2025 hinaus festzuschreiben. Aus unserer Sicht ist es notwendig, das Sicherungsniveau auch schrittweise anzuheben, und zwar auf über 50 Prozent. Dieses Land ist reich genug für anständige Renten, lasst uns das gemeinsam umsetzen. (Lebhafter Beifall)

Und es braucht endlich einen konkreten Fahrplan für die Schaffung einer Rentenversicherung, die tatsächlich eine Erwerbstätigenversicherung ist. Eine Versicherung, in die alle einzahlen und dann am Ende auch alle profitieren. Auch Selbstständige (Beifall) Auch Selbstständige, und zwar inklusive einer Auftraggeberbeteiligung. In der Perspektive zukünftig auch Beamtinnen und Beamte. Und auch Abgeordnete. Letzteres würde aus meiner Sicht übrigens zu einem erfreulichen Realitätsschub in der rentenpolitischen Diskussion führen, und den können wir gut gebrauchen. (Lebhafter Beifall)

Und warum betone ich das mit dem Realitätsschub? Viele unserer Kolleginnen und Kollegen arbeiten unter absolut belastenden Arbeitsbedingungen, so hart, dass sie die Regelaltersgrenze nicht erreichen können. In der Pflege, im Handel, in Kitas, in Straßen- und Autobahnmeistereien und an vielen anderen Stellen. Im Ergebnis führt das zu Abschlagen und damit zu einer Kürzung der Rente. Vor diesem Hintergrund war bereits die Einführung der Rente mit 67 ein Fehler, es war nichts anderes als ein Rentenkürzungsprogramm für die Mehrzahl der Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Und obwohl das so ist, sind jetzt wieder wirtschaftsnahe Vertreter in der Rentenkommission unterwegs mit der Vorstellung, das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen. Und zwar am besten durch eine automatische Kopplung an die statistische Lebenserwartung. Nach dem Motto, wer länger lebt, kann auch länger arbeiten. Ich will hier das ganz eindeutig sagen: Wer plant, das Rentenalter zu erhöhen, der wird auf entschiedene Gegenwehr von ver.di stoßen. Und ich bin optimistisch, wir werden diesmal die Auseinandersetzung gewinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Die Bewältigung von technischem Fortschritt ist ein beständiger Wegbegleiter unserer mehr als 150-jährigen Geschichte als ver.di und unserer Gründungsgewerkschaften. 1873 wurde in unserem Organisationsbereich der erste Flächentarifvertrag in Deutschland überhaupt durchgesetzt. Und zwar im Druckgewerbe, nach einem 16-wöchigen Arbeitskampf, der auch von Aussperrungen begleitet war und natürlich Streiks. Das Zentrum dieser Auseinandersetzung war übrigens damals Leipzig.

Und Gegenstand dieses ersten Tarifvertrages und der ersten Tarifverträge im Graphischen Gewerbe waren – neben Lohnsteigerungen – Qualifizierungsvorgaben, eine Ausbildungsquote und eine Mindestpersonalausstattung, die tarifvertraglich festgelegt wurden. Es waren also Tarifverträge zur Gestaltung des technologischen Wandels.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, 146 Jahre später, schließen wir wieder Tarifverträge zur Gestaltung des technologischen Wandels ab für die Beschäftigten in der Versicherungswirtschaft, in der Telekom oder bei den Seehäfen.

Der Tarifvertrag bei Eurogate, den wir durchgesetzt haben, hat schon mehrmals in dieser Woche eine Rolle gespielt. Ich rufe ihn deshalb nochmal auf, weil im Rahmen der Grundsatzrede die Chance ist, auch mal ein bisschen in Details der Regelung zu gehen, und die sind aus meiner Sicht wesentlich, weil sie Vorbildcharakter haben für Tarifverträge in anderen Branchen. Wir haben im Rahmen dieses Tarifvertrages die Möglichkeit durchgesetzt, Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 27 Stunden zu realisieren, und das bei vollem Lohnausgleich. (Beifall) Weiterbildung, Umschulung und Möglichkeit zu einer Bildungsteilzeit sind geschaffen worden. Der Betriebsrat hat bei der Personalplanung und bei der Einführung von Technologien erweiterte Mitbestimmungsrechte und, ganz wesentlich, jegliche Auslagerungen und betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind ausgeschlossen.

So gestalten wir den Fortschritt im 21. Jahrhundert, und wir können das. (Beifall) Weit über die Tarifpolitik hinaus haben wir in ver.di umfangreiche Kenntnisse und bringen Erfahrungen ein für die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen.

Unsere jedes Jahr stattfindende Digitalisierungskonferenz ist mit ihren vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Kristallisationspunkt für diese Aktivitäten. Seit Jahren beteiligen wir uns auch aktiv an Forschungsprojekten zur Gestaltung der Digitalisierung, und zwischen dem Fraunhofer IAO, dem Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, und ver.di besteht eine Kooperationsvereinbarung, die sich auch bewährt hat.

Jetzt gehen wir noch einen Schritt weiter, denn in knapp einer Woche starten wir ein neues und wirklich großes, durch das Bundesforschungsministerium gefördertes, neues Projekt mit dem Titel "Digitallabor Non-Profit 4.0". Zugegebenermaßen eine etwas sperrige Bezeichnung, aber die Förderlandschaft führt manchmal dazu, dass eine gewisse Sperrigkeit notwendig ist in der Bezeichnung. Aber dieses Projekt ist sehr konkret für uns und wir werden Nutzen daraus ziehen, denn wir wollen mit Partnern aus der Wissenschaft Entwicklungspfade für den Einsatz sozialer Medien, für politische Bildung auf Plattformen und auch eines virtuellen Ehrenamts in ver.di erproben und umsetzen.

Aus eigenen Mitteln finanziert haben wir zusätzlich noch ein Projekt zur digitalen Mitgliederkommunikation, was im August gestartet ist.

Mein Ziel für die kommenden vier Jahre ist, dass es hier in ver.di einen wirklichen Schub gibt. Wir haben auch noch Luft nach oben, denn Digitalisierung bietet Chancen auch für uns. Diese Chancen müssen wir aktiv nutzen und das werden wir tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es gibt ja eine ganze Reihe von unterschiedlichen Einschätzungen dazu, wie sich der digitale Wandel auf die Arbeitsplätze auswirkt. Für uns als ver.di können wir feststellen: Die meisten unserer Branchen befinden sich bereits mittendrin in einem Strukturwandel, oftmals verbunden mit einem deutlichen Verlust von Arbeitsplätzen. Etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen, bei Krankenkassen, an anderen Stellen, und Arbeitsplatzbedrohungen sind auch in Teilen der öffentlichen Verwaltung oder im Einzelhandel erkennbar, Stichwort Selbstbezahlersysteme.

Ich will angesichts dieser Entwicklungen deutlich machen und versuchen, auf den Punkt zu bringen, worum es uns angesichts dieser Umbrüche in den Branchen, für die wir gewerkschaftspolitische Verantwortung haben, geht. Wir wollen verhindern, dass die Risiken technologischer Entwicklung auf die Einzelnen abgewälzt werden, das darf nicht sein. Und deshalb ist wesentlich für uns: Wenn neue Technologien zum Einsatz kommen, sind betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Darauf haben wir einen Anspruch, das ist unser Ziel, wenn wir in Gespräche mit Arbeitgebern gehen.

Und damit das möglich wird, will ich auch sagen: Was ist aus meiner Sicht das wesentliche Instrument, um betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen? Da, wo wir von Arbeitsplatzabbau bedrohte Bereiche haben, muss es möglich sein, massiv die Arbeitszeit zu verkürzen, und zwar mit Lohnausgleich für unsere Kolleginnen und Kollegen, das ist unser Ziel. (Beifall)

Wir werden außerdem gegenüber der Bundesregierung und den weiteren Akteuren unsere zentralen politischen Forderungen weiter vorantreiben. Und drei Punkte möchte ich benennen.

Erstens: Wir brauchen zusätzliche Arbeitsmarktinstrumente. Der ursprünglich mal von der IG Metall kommende Vorschlag für ein neues Kurzarbeitergeld geht dabei aus meiner Sicht in die richtige Richtung, weil er den Gedanken aufgreift, den absehbaren Strukturumbrüchen in vielen Branchen und Betrieben im Rahmen einer vorausschauenden beruflichen Weiterbildung zu begegnen und Menschen in Beschäftigung zu halten – und Qualifizierung nicht erst dann anzusetzen, wenn Arbeitslosigkeit entstanden ist. Und das ist der absolut richtige Weg, den es gilt zu verfolgen. Ob das dann zwingend in Kombination mit Kurzarbeit geschehen muss, werden wir weiter diskutieren.

Zweitens: Die Umbrüche auf den Arbeitsmärkten in der Größenordnung von ungefähr einer Million Arbeitsplätze, die an der einen Stelle entstehen, an der anderen Stelle verloren gehen, verlangen, dass die Weiterbildung branchenübergreifend gedacht und organisiert wird und die Weiterbildung auch massiv gestärkt wird.

Und ich bin der festen Überzeugung, dass wir für die betriebliche und auch die individuelle Weiterbildung deshalb ein geeignetes Bundesgesetz brauchen. Darüber könnten dann Weiterbildungsfonds auf den Weg gebracht werden, wie sie in anderen Ländern erfolgreich zur Anwendung kommen.

Und drittens: Die letzte wirklich nennenswerte Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist 20 Jahre her. Und auch das Bundespersonalvertretungsgesetz stammt aus der technologischen Steinzeit, und das gilt auch für die meisten Personalvertretungsgesetze in den Ländern. Und deshalb gibt es in der Mitbestimmung einen echten Reformstau. Und diesen Reformstau wollen wir auflösen. (Beifall)

Wir brauchen eine wirksame Mitbestimmung, übrigens insbesondere dann, wenn Systeme mit künstlicher Intelligenz in den Betrieben zum Einsatz kommen. Und es geht uns darum, dass der Mensch die Maschine steuert und nicht die Maschine den Menschen überwacht. Das ist unser Anspruch, wenn wir Mitbestimmung organisieren. (Beifall) Es braucht eine wirksame Mitbestimmung bei Standortverlagerungen, bei der Arbeitsmenge und auch beim Schutz von Persönlichkeitsrechten. Und deshalb ist ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz absolut überfällig, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ein weiteres Feld, in dem wir zukunftsgerechte Lösungen durchsetzen müssen, betrifft die Vermittlung von Arbeit über digitale Plattformen. Wer darüber haupt- oder nebenberuflich arbeitet, wird derzeit in der Regel als selbständige Vertragsnehmerin oder als selbständiger Vertragsnehmer behandelt. Damit sind unsere Kolleginnen und Kollegen weder durch betriebliche Mitbestimmung noch durch Tarifverträge noch durch Arbeits- und Sozialrecht geschützt. Sie arbeiten häufig vereinzelt, entschert, schlecht bezahlt und sind machtlos.

Und deshalb bedarf es hier sehr konkreter Maßnahmen. Es braucht eine rechtliche Klarstellung, in der grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass Plattformbetreiber für ortsgebundene Jobs, also Uber, Amazon Flex, Helpling, dass diese Plattformbetreiber eine Arbeitgeberfunktion haben. Und sollte das anders sein und sehen sie das anders, dann haben sie die Nachweispflicht, also eine Umkehr der Beweislast. (Beifall)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, stärkt die Betroffenen und stärkt auch uns in der Durchsetzung ihrer Interessen. Natürlich gibt es auch Erwerbstätige, die tatsächlich selbständig über Plattformen tätig sind. Und ver.di ist die Gewerkschaft der Selbständigen in Deutschland. Auch das ist einen Applaus wert, genau. (Beifall) Wir vertreten die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen durch Vertragsberatung oder indem wir faire Allgemeine Geschäftsbedingungen rechtlich durchsetzen. Und wir haben eine große Tradition und eine große Erfahrung darin, solche AGBs, Allgemeine Geschäftsbedingungen, durchzusetzen für unsere Mitglieder.

Aber, und den Punkt will ich hier formulieren, Solo-Selbständige müssen zusammen mit ihrer Gewerkschaft, mit ver.di, ihre Interessen auch effektiv kollektiv vertreten können. Und wie sieht heute die Realität aus? Wenn fünf Solo-Selbständige in einem Gewerkschaftsraum zusammenkommen, um sich über ihre Bedingungen auszutauschen, droht bereits ein Verstoß gegen das Kartellrecht. Und damit droht kollektive Interessenvertretung unter dem Dach einer Gewerkschaft zu einer illegalen Handlung zu

werden, während gleichzeitig Monopolisten wie Google und Amazon von der Wettbewerbsaufsicht weitgehend in Ruhe gelassen werden, obwohl ihre Entflechtung und letztendlich auch Zerlegung absolut geboten wäre. Da läuft etwas grundlegend verkehrt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Unser Anspruch ist, dass aus technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt wird. Und das heißt für uns: Perspektiven für Beschäftigung statt Angst vor Kündigung, gutes Geld für Gute Arbeit statt erniedrigender Löhne, humane und selbstbestimmte Arbeit statt Ausbeutung, Kontrolle und Fremdsteuerung, und soziale Absicherung und kollektives Handeln statt Entsicherung und Vereinzelung.

Das ist unser Leitbild für die Tarifpolitik, für unsere Arbeit in den Betrieben, für unser Handeln in der Politik. Und dafür lohnt es sich, in ver.di mitzumachen, sich zu organisieren und die Zukunft zu gestalten. Und das machen wir gemeinsam. (Beifall)

Eine weitere große Herausforderung, der wir uns stellen, ist die drohende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Klimawandel ist allgegenwärtig. Weltweit nehmen Extremtemperaturen, Orkane, Dürren und starke Niederschläge zu. Ohne eine Begrenzung der Treibhausgase wird sich unser Planet bis zum Ende dieses Jahrhunderts um vier Grad oder vielleicht sogar mehr erhitzen. Und damit droht auch eine menschliche Katastrophe. Die Vereinten Nationen rechnen in Folge des Klimawandels mit einer starken Zunahme weltweiter Flüchtlingsströme.

Wir Gewerkschaften streiten seit über 150 Jahren für ein gutes Leben und für Gute Arbeit. Der Erhalt der Natur und unserer Lebensgrundlagen ist Teil unserer Geschichte und der Einsatz dafür Teil unserer Tradition.

Und auf Grundlage dieser Tradition waren viele von uns am vergangenen Freitag auf der Straße. Deshalb haben wir als ver.di zur Unterstützung der Fridays for Future-Proteste aufgerufen. Das ist erfrischend und ermutigend, denn wir erleben gerade, wie aus einer Schülerinnen- und Schülerbewegung, entstanden in Nord- und Mitteleuropa, eine machtvolle politische Bewegung wird. Das ist beeindruckend, das macht Spaß. Und das unterstützen wir und das unterstützen wir von Herzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (lebhafter Beifall) Und ich bin mir sicher, und ich sage das ganz persönlich, wir als ver.di und die Fridays werden auch in den kommenden Jahren eng zusammenarbeiten und auch gemeinsam notwendigen Protest organisieren. (Beifall)

Wir machen das, weil wir jetzt eine ökologische Energie-, Verkehrs- und Agrarwende brauchen. Und zwar eine ökologische Transformation, bei der es sozial gerecht zugeht. Und dass es sozial gerecht zugeht, das ist unter den herrschenden Bedingungen des Kapitalismus bekanntlich von alleine nicht gegeben. Und deshalb sind Gewerkschaften und deshalb ist ver.di gefordert.

Ein sozial gerechter ökologischer Umbau, davon bin ich fest überzeugt, kann nur gelingen, wenn es einen demokratischen und aktiven Staat gibt, der zentrale Ziele vorgibt und handelt. Das ist unser Anspruch.

Dies als Maßstab genommen, will ich auch sagen, ist das Klimapaket, das am Freitag letzter Woche von der Bundesregierung vorgelegt wurde, eine klare Enttäuschung. (lebhafter Beifall) Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist viel zu zögerlich, im ersten Schritt lediglich zehn Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, und das auch erst 2021. Das schafft keine ökologische Lenkungswirkung. Programme zum Austausch von Heizungsanlagen, zur Gebäudesanierung, zur Ertüchtigung des Schienennetzes sind sicherlich sinnvolle Punkte in dem Paket.

Die Finanzierung all dieser Maßnahmen, und wir reden ja über ein Finanzierungsvolumen von über 50 Milliarden Euro jährlich, die Finanzierung dieser Maßnahmen sehe ich jedoch absolut kritisch. Vermögende und Bezieher hoher Einkommen werden wieder einmal geschont. Der Blödsinn der Schuldenbremse wird fortgeführt und stattdessen soll die Finanzierung weitgehend über Verbrauchssteuern und Abgaben durchgeführt werden und damit die Breite der Bevölkerung belasten. Das ist nicht sozial gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Es wäre aus meiner Sicht der deutlich bessere Weg, wenn die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen würden, vollständig oder zumindest weit überwiegend, weil wenn das geschieht, auch ein sozialer Ausgleich organisiert werden kann. Ich halte es für notwendig, dass Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen dann deutlich höhere Rückzahlungen bekommen als andere. Menschen mit hohem Einkommen, deren Lebensstil oft ohnehin einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursacht, würden stattdessen weniger oder kein Geld zurückbekommen. Und das ist der soziale Ausgleich, den man organisieren kann, der aus meiner Sicht notwendig ist und der auch gerecht wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Neben der Bepreisung von Emissionen steht der Kohleausstieg derzeit im Zentrum der Klima-Debatte. Wir haben uns als ver.di immer klar zu den Pariser Klimazielen bekannt, auch deshalb haben wir in der sogenannten Kohlekommission mitgearbeitet und mitverhandelt. Und ich möchte nochmal mit meinen Worten unseren Erfolg unterstreichen, der dort erreicht werden konnte, insbesondere unter Andi Scheidts Beteiligung in der Kohlekommission. (Beifall)

Ich erzähle erst die Erfolge, dann klatschen wir gemeinsam. Wir haben in die Kohlekommission die soziale Absicherung der Beschäftigten hineinverhandelt, betriebsbedingte Kündigungen in den Kraftwerken und Tagebauen sollen ausgeschlossen werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen sollen dank eines staatlichen Anpassungsgeldes früher in Rente gehen können. Und zudem sollen in den kommenden 20 Jahren 40 Milliarden Euro in die betroffenen Regionen fließen, um die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen und neue, gute Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist ein richtig guter Erfolg für uns Gewerkschaften, und wir wollen, dass die Bundesregierung das jetzt auch eins zu eins umsetzt. Und danke, Andi Scheidt, dafür, dass du das alles gemacht hast, mit deinem ganzen Team und deinen Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Spätestens 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen. Wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen, bereits 2035. So ist es in der Kommission geeinigt und auch mit den Umweltverbänden. Lasst mich das hier formulieren – das wird uns sicherlich

auch im Laufe der Woche noch beschäftigen – das ist meine klare und auch persönliche Auffassung: Wenn der Kohleausstieg ohne soziale Verwerfungen und Gefährdungen der Versorgungssicherheit schneller, bereits im Jahr 2035 erreicht werden kann, dann hat das unsere volle Unterstützung. Wir sind für einen realistisch möglichen Kohleausstieg so früh wie möglich.

Was mich derzeit allerdings besorgt, ist, dass die in der Kohlekommission gefundenen Ergebnisse noch nicht ausreichend umgesetzt werden. Jetzt müssen erst einmal die gesetzlichen, technischen und auch die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Kohleausstieg gelingen kann. Denn wenn das nicht geschieht, ist selbst 2038 schwierig. Und deshalb ist die konsequente Umsetzung der Ergebnisse dieser Kommission einer der wichtigen politischen Schwerpunkte für uns in den kommenden Monaten, in den ich mich auch persönlich einbringen werde! (Beifall)

Auch das ist mir wichtig und das sollten alle hören, die es angeht: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn alle Beschäftigten, und wirklich alle Beschäftigten, in den Energie-Unternehmen eine klare Perspektive erhalten. Und deshalb werden wir nicht zulassen, dass sich die Politik oder auch die Konzerne jetzt irgendwann in die Büsche schlagen. Darauf können sich unsere Kolleginnen und Kollegen in der Energiewirtschaft verlassen, dafür steht ver.di, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In der Energieerzeugung ist nun viel auf den Weg gebracht. Wenn die Klimaziele eingehalten werden sollen, dann muss jetzt aber auch an anderen Stellen konsequent gehandelt werden. Also in der Industrie, bei den Gebäuden und in der Land- und Forstwirtschaft.

Und auch beim Verkehr, denn der ist der drittgrößte Klimaverschmutzer in Deutschland. Es ist ja nun so, dass spät die heimische Autoindustrie auf die Elektromobilität orientiert. Jedoch: Stromautos alleine führen nicht zu einer ökologischen Verkehrswende. (Beifall) Und mir ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie in Deutschland absolut bewusst.

Und dennoch, ich will das so offen sagen, habe ich Zweifel: ob es der richtige Weg ist, wenn die Bundesregierung jetzt in erster Linie plant, dieses Land mit Stromladesäulen vollzupflastern. Während der Ausbau der öffentlichen Mobilität viel zu gering gefördert wird. Wir haben da einen Investitionsstau von über vier Milliarden Euro. (Beifall)

Elektromobilität schön und gut. Aber eigentlich notwendig wären jetzt wirklich große Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr. Und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Räumen. (Beifall) Notwendig wäre ein öffentlicher Personennahverkehr, der wirklich eine gute Taktung hat, gute Umsteigemöglichkeiten, hohe Umweltstandards, Barrierefreiheit, guten Service – und das bezahlbar für alle. (Beifall)

Aber es geht nicht nur um neue Infrastruktur, neue Fahrzeuge und neue Schienen. Dreh- und Angelpunkt für einen guten öffentlichen Personennahverkehr ist, dass es auch mehr Beschäftigte gibt. Und zwar Beschäftigte mit guten Löhnen und guten Bedingungen. Und dafür werden wir streiten und eintreten in diesem Jahr und vor allen Dingen im nächsten

Jahr. Christine hat ja schon den Hinweis auf das Fahrradfahren im Juli gemacht. Wir wollen einen starken öffentlichen Personennahverkehr und wir tun alles dazu, dass die Arbeitsbedingungen in einem starken öffentlichen Personennahverkehr gut werden. Und das machen wir gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und letzter Gedanke zu dem Teil. Notwendig ist aus meiner Sicht auch eine stärkere Vernetzung der Verkehrs- und Mobilitätskonzepte. Was mehr ist als nur Car-Sharing und E-Bikes und E-Roller – das dann hoffentlich mit Kopf-Helm. Und ich will das klar sagen, diese Vernetzung der Verkehre ist aus meiner Sicht eine öffentliche Aufgabe. Das darf nicht Uber und das darf auch nicht Drive Now und damit BMW und Daimler überlassen werden. Wir wollen Mobilität für alle Menschen. Und Mobilität für alle Menschen, das ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das wollen wir nicht den Profitinteressen der Privaten überlassen. Das ist unser Ziel. (Beifall)

ver.di, das ist die starke politische Kraft für einen modernen Sozialstaat. Ein Sozialstaat, dessen Sicherungssystem die großen Lebensrisiken absichert, der für sozialen Ausgleich sorgt und der in die Zukunft unseres Landes investiert.

Und wir brauchen mehr Investitionen. Unterlassene Investitionen heute führen zu einer Benachteiligung zukünftiger Generationen. Und wir kennen das. Schulen in einem unwürdigen Zustand, kaputte Brücken, Funklöcher. Alleine bei den Kommunen haben wir einen Investitionsstau von rund 140 Milliarden Euro. Es besteht absoluter Handlungsbedarf.

Ich will das an der Stelle auch klarstellen, damit es keine falsche Interpretation gibt. Ich werfe der Bundesregierung nicht vor, dass sie nichts tut. Die Investitionen in Kitas, in Schulen und in die Infrastruktur sind in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet worden und das ist auch gut so. Wenn ich das hier trotzdem zum Thema meiner Grundsatzrede mache, dann deshalb, weil der Umfang und das Tempo der öffentlichen Investitionen nicht ausreichen, um den entstandenen Investitionsstau aufzulösen.

Deutschland ist unterinvestiert. Und dass das so ist, ist Ergebnis einer ideologiegetriebenen, einer unvernünftigen Steuer- und Finanzpolitik. Die schwarze Null und die Schuldenbremse sind Investitionsbremsen. Und das ist schlecht für die Zukunft dieses Landes. (Beifall)

Deutschland ist nach wie vor eine Steueroase für Vermögende und Reiche. Und deshalb fordern wir als ver.di seit langer Zeit einen Kurswechsel in der Steuerpolitik. Ich war in den letzten Jahren, viele von euch auch, auf Veranstaltungen, in Podiumsdiskussionen und ich habe dann dort unsere steuerpolitischen Forderungen vorgetragen. Und ich bin mir da ziemlich oft vorgekommen wie der Rufer in der Wüste. Und habe gesehen, dass die Mitdiskutanten und Mitdiskutantinnen die Augen verdreht haben.

Umso erfreulicher ist es, dass es nun wieder eine breitere Diskussion zur Reaktivierung der Vermögenssteuer gibt. Ich begrüße das ausdrücklich und das zeigt: Es lohnt sich, als ver.di beharrlich zu sein. (Beifall)



Und weil wir beharrlich sind, werden wir uns auch in den nächsten vier Jahren für eine gerechtere Steuerpolitik stark machen. Damit es endlich wieder eine angemessene Besteuerung hoher Einkommen gibt. Eine Erbschaftsteuer, die auch tatsächlich wirkt. Eine Quellensteuer für Internetkonzerne, die sich heute einen schlanken Fuß machen. Eine Finanztransaktionssteuer, notfalls auch als nationale Lösung. Eine Steuerpolitik für mehr soziale Gerechtigkeit. Darauf ist Verlass: Dafür machen wir uns – als ver.di – stark. Für einen modernen Sozialstaat, der zukunftsgerecht ist. (Beifall)

Lasst mich im Zusammenhang mit dem Thema Investitionen noch einen Gedanken ausformulieren. Und zwar: Wohnen.

ver.di – das ist die Gewerkschaft der Wohnungswirtschaft. Wir haben in diesem Bereich wirklich viele engagierte Mitglieder. Aber darüber hinaus wissen wir: Bezahlbares Wohnen, das ist eine Sorge, die derzeit wirklich viele Menschen umtreibt. Und wir können als ver.di noch so gute Tarifabschlüsse durchsetzen, in vielen und immer mehr Städten und Regionen reicht das dennoch nicht angesichts stark steigender Mietpreise. In Berlin, in München, in Hamburg, aber auch in Heilbronn und Regensburg und kleineren Städten, mittleren Städten können viele Menschen sich die Miete nicht mehr leisten.

Bundesweit fehlen heute fast zwei Millionen bezahlbare Wohnungen. Auch deshalb, weil Bund, Länder und Kommunen den Wohnungsbau in den letzten zwei Jahrzehnten sträflich vernachlässigt haben und sogar im großen Umfang kommunale Wohnungsbestände privatisiert haben.

Und weil das so ist, ist aus meiner Sicht die erste Priorität nun der Bau neuer Wohnungen. Jedes Jahr müssen mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden. Und ich will sagen, das ist eine Aufgabe für öffentliche Investitionen. Und sie erfordert entschlossenes Handeln. Und zwar entschlossenes Handeln über öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften. Diesen öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften kommt aus meiner Sicht die Schlüsselrolle zu.

Denn wir brauchen nicht einfach nur mehr Wohnungen. Es geht auch darum, die Marktmacht der rein profitorientierten Wohnungsbaukonzerne einzuschränken. Und deshalb brauchen wir öffentliches und genossenschaftliches Wohnen. (Beifall) Wir wollen mehr Wien und weniger deutsche Wohnen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der notwendige Bedarf an Sozialwohnungen lässt sich aus meiner Sicht jedoch nicht ausschließlich über den Neubau decken. Derzeit entfallen jedes Jahr zehntausende von Wohnungen aus der Bindung für Sozialwohnungen. In der Regel besteht diese Bindung höchstens 20 Jahre. Und damit fällt der Schutz weg. Und deshalb bin ich dafür, diese Frist deutlich zu verlängern. Eine Bindungsfrist für Sozialwohnungen von mindestens 50 Jahren halte ich für angemessen. (Beifall)

Und ein weiterer Gedanke: Es braucht eine wirklich wirksame Antwort auf die derzeit grassierende Spekulation mit Bauland. Vielfach werden Grundstücke einfach nur wegen Profit von Eigentümer an Eigentümer weitergereicht. Und gleichzeitig wächst die Not,

weil es nicht genügend bebaubare Flächen gibt. Und hier ist absoluter Handlungsbedarf, aus meiner Sicht. Leistungsloser Wertzuwachs auf Grund- und Bauboden muss endlich durch eine wirksame Steuer massiv abgeschöpft werden. Wir müssen dem Spekulantentum Einhalt gebieten. Und wenn die Besteuerung nicht nützt, dann muss dieses Spekulantentum durch Enteignungen angegangen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (lebhafter Beifall)

Und letzter Punkt: In einer ganzen Reihe von Großstädten zumindest explodieren auch die Mieten von Bestandswohnungen. Und deshalb bin ich ganz klar für einen sinnvoll ausgestalteten Mietendeckel. Wie er beispielsweise derzeit in Berlin geplant wird. Das ist absolut richtig. Denn Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Und es darf nicht der Logik des Marktes unterworfen werden. Dafür treten wir ein. (Beifall)

Zum Schluss meiner Rede möchte ich einen Bogen spannen, der über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgeht. Wir erleben Zeiten großer Veränderung und Verunsicherung. Und erst recht, wenn man heute in die Tageszeitung schaut, kann man meinen, die Welt ist in vielerlei Hinsicht aus den Fugen geraten.

In vielen Regionen herrscht Krieg. In Syrien, in Libyen, in Afghanistan und im Jemen sterben Menschen. Durch die Politik der USA steigt die Kriegsgefahr – nicht nur, aber derzeit insbesondere am Persischen Golf. Von Brasilien bis Ungarn über Polen sind Nationalisten und Rechtspopulisten an der Macht.

Im nächsten Jahr werden wir zum 75. Mal dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Deutschlands vom Terror des Nationalsozialismus gedenken. Zwölf Jahre nach diesem Kriegsende wurde die Europäische Gemeinschaft gegründet. 1957 mit der Unterschrift unter die Römischen Verträge. Eine Europäische Gemeinschaft, die als Friedens- und als Fortschrittsprojekt gegründet wurde.

Das Herz dieser europäischen Zusammenarbeit ist ein gemeinsames Verständnis von Sozialstaatlichkeit. Sozialstaatlichkeit als Grundlage für Demokratie, für Zusammenhalt und auch für wirtschaftlichen Fortschritt. Das ist die europäische Idee, für die wir als ver.di stehen. Und wir werden diese europäische Idee verteidigen.

Erst recht in einer Zeit, in der Europa als Projekt für Frieden und Fortschritt bedroht ist und auf der Kippe steht. Denn infolge der neoliberalen Politik seit den 1980er Jahren wächst die soziale Ungleichheit sowohl innerhalb als auch zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Diese soziale Spaltung Europas schlägt sich zunehmend auch im Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger nieder. Und der soziale Protest geht dabei überwiegend nach rechts. Und die dortigen Antworten sind so einfach wie sie falsch sind. Getreu dem Motto: Nationalstaaten stärken, Europa schwächen, Fremde raus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund wirklich unerträglich ist, dass die allermeisten Regierungen in Europa immer stärker auf Abschottung, auf Abschreckung und auch auf Abschiebung von geflüchteten Menschen setzen. Statt Ursachenbekämpfung zu betreiben. Und damit wird von den Regierenden tausendfach das Sterben vor den Küsten in Europa billigend in Kauf genommen. (Beifall)

Hanna Arendt hat gesagt: "Das wichtigste Recht des Menschen ist es, selbst Rechte zu haben." Doch ohne Staatsangehörigkeit besitzt der Mensch keine Rechte und er fällt zurück in den Naturzustand.

Und deshalb – was wir hier machen können: Setzen wir gemeinsam eine klare Botschaft: Diese menschenverachtende Abschottungspolitik der Europäischen Union verurteilen wir zutiefst! Unsere Solidarität gehört den Menschen in Not und den Menschen, die auf der Flucht sind. (Beifall)

Auch in Deutschland erleben wir das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte. Und ihr politischer Arm, die AfD, das haben wir schon miteinander diskutiert, hatte bei den zurückliegenden Landtagswahlen einen größeren Zulauf als es uns recht sein kann. Und die AfD erhält dabei Zulauf aus vielen gesellschaftlichen Schichten. Und zur Wahrheit gehört auch: viele Gewerkschaftsmitglieder wählen diese Partei.

Und genau an dieser Stelle sind wir als ver.di aus meiner Sicht gefordert. Wir müssen den Widerspruch zwischen Anschein und Wirklichkeit der Ziele und der Forderungen der Rechten aufzeigen und auch skandalisieren. Werfen wir einen Blick auf die Programmatik der AfD auf der Bundesebene und das Agieren der Bundestagsfraktion der AfD: Da wird gefordert, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, die Steuern für Reiche sollen gesenkt werden, und es herrscht ein Frauenbild vor wie aus dem 19. Jahrhundert.

Und deshalb gibt es da eine ganz klare Bewertung: Die AfD vertritt ganz klar nicht die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von Erwerbslosen, von Rentnerinnen und Rentnern und auch nicht von Frauen. (Beifall)

Und dann gibt es da noch die Täuscher. Das sind die rechtsextremen Sozialpopulisten, auf die wir besonders achten müssen. Die thüringische Landtagsfraktion der AfD hat beispielsweise unlängst ein rentenpolitisches Konzept beschlossen, was in weiten Teilen fast eins zu eins aus unseren Publikationen abgeschrieben wurde. Es gibt allerdings einen zentralen Unterschied: Aus Sicht der Landtagsfraktion der thüringischen AfD soll es eine gute Rente nur für Deutsche geben, ausschließlich. Und deshalb: Täuscher.

Aber der Verteilungskonflikt verläuft nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, sondern die Verteilungskonflikte in dieser Gesellschaft, in diesem Land, verlaufen zwischen oben und unten, zwischen Kapital und Arbeit. Und das sprechen wir als ver.di auch aus. (Beifall)

Die Rechten versuchen, Einheimische gegen Geflüchtete zu stellen, wenn es um Arbeitsplätze geht, wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht, wenn es um soziale Sicherung geht. Sie bekämpfen damit nicht die Armut der Ärmsten, sondern sie schüren Ängste, Neid und Hass. Und mit entsprechenden Medien prangern sie Lehrerinnen und Lehrer und auch Journalistinnen und Journalisten öffentlich an und versuchen so, Angst zu verbreiten und Kritik an ihrem rechten Treiben zu unterdrücken.

Wer von Umvolkung spricht und wer das Holocaust-Denkmal in Berlin als Denkmal der Schande bezeichnet, wer so spricht und so handelt, der ist unser politischer Gegner. Der Feind steht rechts, und wir stellen uns ihm in den Weg. (Beifall)

Wir Gewerkschaften haben unsere Demokratie immer verteidigt gegen rechte Feinde. 1920 gegen den Kapp-Putsch, als Arbeiterinnen und Arbeiter durch einen Generalstreik einen antidemokratischen Aufstand reaktionärer Militärs zum Scheitern gebracht haben und so die Weimarer Republik, wenn auch nur vorläufig, gerettet haben. Dann im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, wo zehntausende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Kampf gegen das Nazi-Regime ihr Leben lassen mussten.

Das ist unsere Verpflichtung. Und deshalb stehen wir auch heute auf gegen Rechts. Wir machen das in den Betrieben, auf der Straße, in den Parlamenten und in den Netzen. ver.di ist wichtig, und wir sind eine starke demokratische Kraft, auf uns ist Verlass. (Beifall)

Wir stehen für eine freie und für eine solidarische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der die Menschen – gleich welchen Glaubens, gleich welcher Herkunft – materiell, kulturell und politisch teilhaben können. Wir stehen für einen starken Sozialstaat, den es nur mit durchsetzungsfähigen Gewerkschaften gibt. Und mit einer starken ver.di.

Und lasst mich deshalb meine Rede mit einem Zuruf enden. Er ist von Gramsci: "Bildet euch, wir brauchen eure Klugheit. Bewegt euch, wir brauchen eure Begeisterung. Und organisiert euch, denn wir brauchen all eure Kraft."

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, gemeinsam in ver.di, das machen wir zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit. (lebhafter Beifall)